

Antrag

der Abgeordneten Nicole Gohlke, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Dr. Birke Bull-Bischoff, Anke Domscheit-Berg, Klaus Ernst, Susanne Ferschl, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Dr. Achim Kessler, Jutta Krellmann, Ralph Lenkert, Cornelia Möhring, Norbert Müller (Potsdam), Sören Pellmann, Dr. Kirsten Tackmann, Harald Weinberg, Katrin Werner, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

BAföG krisensicher gestalten – Mehr Studierende vollumfänglich fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das BAföG wurde als das wesentliche Instrument geschaffen, um jungen Menschen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern Ausbildung und Studium zu ermöglichen. Seit vielen Jahren verliert es jedoch an Bedeutung: die Fördersatzte decken die realen Lebenshaltungskosten Studierender bei Weitem nicht ab, und die Zahl der Geförderten sinkt kontinuierlich.

Die Corona-Krise und das pandemiebedingte Wegbrechen von zur Existenzsicherung notwendigen studentischen Nebenjobs zeigen die aktuellen Defizite im Bundesausbildungsförderungsgesetz überdeutlich auf. Das BAföG muss wieder zu einem existenzsichernden Instrument entwickelt werden, das mehr Menschen erreicht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Folgendes sicherstellt:

1. Die BAföG-Freibeträge vom Einkommen der Eltern und des Ehegatten/der Ehegattin oder der Lebenspartnerin/des Lebenspartners werden um 10 Prozent angehoben.
2. Die BAföG-Fördersatzte werden auf ein existenzsicherndes Niveau angehoben und regelmäßig dynamisiert.
3. Die Wohnpauschale wird den örtlich unterschiedlichen Mietniveaus für studentischen Wohnraum entsprechend gewährt.
4. Die BAföG-Förderung wird wieder als Vollzuschuss gewährt.
5. Die Altersgrenzen sind abzuschaffen.

Berlin, den 21. April 2020

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

